

MARBURGER ECHO

STADTZEITUNG DER DKP MARBURG-BIEDENKOPF

AUSGABE 1/3_2019

EU = KRIEG



Am 26. Mai 2019

DKP WÄHLEN!

Abrüsten statt Aufrüsten

Frieden mit Russland

WÄHLT
KOMMUNISTEN!
news.dkp.de



DKP

Deutsche Kommunistische Partei

UKGM

13 Jahre Profit-Medizin sind genug!

RICHTSBERG

Erfolgreicher Kampf gegen
Mieterhöhungen

FEINDBILD RUSSLAND

Meinst Du, die Russen
wollen Krieg?

EDITORIAL

Liebe Leser und Leserinnen,

in Euren Händen haltet ihr die erste Ausgabe des Marburger Echo 2019. Vor allem zwei Themen bestimmen diese Ausgabe, der Kampf um Frieden und um bezahlbaren Wohnraum. Zwei Themen die nur auf dem ersten Blick nichts miteinander gemeinsam haben. Denn während die Anwohner und Anwohnerinnen der GWH-Häuser auf dem Richtsberg gerade erst eine absurde Mietpreiserhöhung durch Protest abwenden konnten, während nicht nur in Marburg, sondern in ganz Deutschland, die Wohnungsfrage den geheiligten Kräften des Marktes überlassen wird, der kommunale Wohnungsbau überall zurückgefahren wird, weil der

„öffentlichen Hand“ das Geld fehle, währenddessen plant die Bundesregierung für dieses Jahr Ausgaben in Höhe von über 43 Milliarden Euro für Rüstung, pardon, „Verteidigung“. Geld, das in der Förderung der Kommunen zwecks Baus kostengünstiger Wohnungen besser aufgehoben wäre, als in den Taschen der Bosse von Airbus, Rheinmetall und Thyssen-Krupp. Sonntagspredigten werden daran aber nichts ändern, Widerstand muss her. Wie der aussehen kann, das hat der Kampf am Richtsberg oder jüngst Schüler und Schülerinnen gemeinsam mit der SDAJ Marburg bei Protesten gegen Bundeswehr-Werbung bei einer Ausbildungsmesse gezeigt.

**Michael Henkes,
Vorsitzender DKP Marburg-
Biedenkopf**

INHALT

THEMA	SEITE
Uniklinikum: 13 Jahre Profit-Medizin sind genug!	3-4
USA provoziert neues Wettrüsten	5-6
Verteidigung am Hindukusch - Teil III	7-8
Mieterinnen und Mieter am Richtsberg erringen Sieg gegen die GWH!	9-10
Meinst Du, die Russen wollen Krieg?	11-12
Industrie 4.0 – eine sozialistische Erfindung aus dem Chile der frühen 1970er Jahre?	13
100 Jahre Frauenwahlrecht - Und? Alles gut jetzt?	14
Termine	RÜCKSEITE

UNIKLINIKUM: 13 Jahre PROFIT-MEDIZIN SIND GENUG!

Seit 13 Jahren gehört das Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) zu 95% der Rhön Kliniken AG. Die Privatisierung wurde damals vom CDU-Ministerpräsidenten Koch vorangetrieben. Seitdem zeigt sich Jahr für Jahr, dass diese Maßnahme ein Desaster für alle Beteiligten außer der Rhön AG war – deren Aktionäre und Vorstände kassieren fette Dividenden bzw. Bonifikationen.

Wie schlimm die Privatisierung für die Studierenden ist, wurde jetzt bekannt. Der Studienerfolg in Gießen und Marburg liegt weit unter dem Bundesdurchschnitt, in Gießen fielen 21% bei den

Staatsexamen durch, gegenüber durchschnittlich 9,3%. Zur Nachhilfe hat der Fachbereich Medizin einen Dienstleister beauftragt, der den Medizinstudenten das beibringen soll, was sie in dem hektischen Klinikbetrieb nicht lernen können. Ähnlich sieht es bei der Forschung aus, die Ärzte haben viel zu wenig Zeit dazu. Auch viele Dissertationen werden abgebrochen, weil ausreichende Betreuung fehlt. Die unzumutbare Belastung des Personals und die Klagen vieler Patienten sind seit Jahren bekannt. Das Ziel der Landesregierung, durch die Privatisierung Geld zu sparen, ist nicht erreicht worden.



Entgegen der damaligen Zusage der Rhön AG, alle Investitionen selbst zu tragen, bekommt sie jetzt kräftige Zuschüsse vom Land. Für Forschung und Lehre zahlt die Regierung doppelt so viel an die Rhön AG wie damals vereinbart. Das UKGM kommt dem Land teurer zu stehen als wenn es noch im Landesbesitz wäre. Das für Unikliniken zuständige Wissenschaftsministerium wurde bisher immer von der CDU geführt. Eine der Ministerinnen, Frau Kühne-Hörmann, gab 2012 bei einer Veranstaltung im UKGM zu, das Land habe einen sehr schlechten Privatisierungsvertrag abgeschlossen und machte die unglaubliche Aussage: Wir konnten ja nicht wissen, dass die Gewinne machen wollen. Eine externe Überprüfung der Folgen der Privatisierung, die vom Wissenschaftsrat dringend empfohlen wurde, hat nie stattgefunden.

Die Landesregierung scheint sich für die Folgen ihrer damaligen Tat kaum zu interessieren, obwohl dem Land immer noch 5% des UKGM gehören. Zwei ihr zustehenden Sitze im Aufsichtsrat wurden nie besetzt. Im neuen Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen wird das UKGM nicht mal erwähnt. Das



Wissenschaftsministerium wird jetzt von einer Grünen geführt. Die Ministerin, Angela Dorn aus Marburg, hat früher die Zustände am UKGM häufig kritisiert und der Landesregierung Versäumnisse vorgeworfen. Als Ministerin könnte sie jetzt etwas tun – aber die Erfahrung hat gezeigt, dass Grüne in hohen Positionen sich nur selten an das erinnern, was sie früher mal gesagt hatten.

Das UKGM muss schnellstens zurück ans Land – die Rhön AG hat genug geschneit und dabei Schaden angerichtet.

Gernot Linhart

USA PROVOZIEREN NEUES WETTRÜSTEN

Die US-Regierung hat offiziell den Ausstieg aus dem INF-Vertrag mit Russland verkündet. Der INF-Vertrag verbietet landgestützte Marschflugkörper mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.500 Kilometern und untersagt auch die Produktion und Tests solcher Systeme. Die USA und die damalige Sowjetunion hatten den Vertrag 1987 geschlossen. Die Abkürzung INF steht für „Intermediate-Range Nuclear Forces“ (atomare Mittelstreckensysteme).

USA und NATO behaupten seit einigen Jahren, Russland verstoße mit seinen Raketen vom Typ 9M729 gegen deren Verbot, Beweise wurden bisher nicht vorgelegt. „Ob Russland den Vertrag gebrochen hat, ist bislang noch nicht bewiesen“, konstatierte am 1. Februar auf faz.net der FAZ-Redakteur Lorenz Hemicker. Alle Angebote Moskaus zu Inspektionen vor Ort wurden abgelehnt.

Es droht erneut wie in den 80er Jahren eine Stationierung von atomaren US-Mittelstreckenraketen in Europa sowie als Reaktion darauf die von russischen. Die technologischen Fähigkeiten

hinsichtlich Geschwindigkeit, Präzision, Zerstörungskraft, Steuerungsfähigkeit und der Möglichkeit, nicht nur feste, sondern auch bewegliche Ziele zu treffen, werden die der Pershing 2 und Cruise Missiles bzw. die der sowjetischen SS-20 weit übertreffen. Schon in den 1980er Jahren lag die Zeit vom Start bis zum Einschlag bei diesen Geschossen unter zehn Minuten. Hinzu kommen zwei weitere Faktoren, die real furchteinflößend sind: Im Vergleich zu den 80er Jahren kann die Stationierung von US-Raketen erheblich näher zur russischen Grenze erfolgen als damals zur sowjetischen - Polen steht nämlich schon bereit! Zudem breitet sich in den NATO-Hauptstädten der Glaube an einen „führbaren“ Atomkrieg wieder einmal aus. Der Grund liegt in der Überlegung, dass „kleine taktische Atomwaffen“ eingesetzt werden könnten, ohne einen „großen atomaren Gegenschlag“ auszulösen.

China im Visier der USA

Verträge zu sprengen, die die US-Handlungsfreiheit in welcher Hinsicht auch immer einschränken,

ist fester Bestandteil der machtpolitischen Strategie der Trump-Administration. Die Aufkündigung des INF-Vertrages zielt nicht nur auf Russland, sondern in erster Linie auf China ab. US-Präsident Trump hat die VR China wegen ihrer großen Anzahl von Mittelstreckenraketen im Visier, mit denen Beijing die US-Kriegsflotte vor ihrer Haustür auf Abstand halten will. Trump will China zum Abbau dieses Arsenal bringe. Wenn es das nicht freiwillig tut, droht er dort mit massiver Aufrüstung. Daran hindert ihn der INF-Vertrag. Die Volksrepublik hat klargestellt, dass sie sich nicht darauf einlassen wird, ihre Mittelstreckenraketen abzurüsten; schließlich hängt ihre Verteidigung gegen die USA von ihnen ab.

Was tun?

In den 1980er Jahren demonstrierten in der bis dato größten Friedensbewegung seit dem 2. Weltkrieg Millionen von Menschen in Westeuropa. Daran

ist heute nicht zu denken, obwohl die Gefahr bei weitem höher ist. Aber: In Kraft treten die Austrittsankündigungen der USA und Russland erst am 2. August. Bis dahin sind noch mehrere Monate Zeit, um Druck insbesondere auf die USA und einen ihrer Hauptvasallen, die Bundesregierung, auszuüben. Jetzt gilt es erstmal auf die Ostermärsche zu mobilisieren und die Unterschriftensammlung „Abrüsten statt aufrüsten“ weiter voranzubringen (bundesweit bisher 140.000, in Marburg ca. 2.200 Unterschriften), die „Fridays for Future“-Bewegung, die derzeit regelmäßig auf die Straße geht, zu unterstützen und auch die Mobilisierung auf den 80. Jahrestag des Überfalls der deutschen Faschisten auf Polen am 1. September 1939 für Aktivitäten zu nutzen.

Herwig Selzer



Schon Wilhelm II. und Hitler wollten Deutschland am Hindukusch verteidigen

Verteidigung am Hindukusch - Teil III

Die westdeutsche Seite ging unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg dazu über, ihre „Dritte-Welt“-Strategie zu entwickeln, in der Afghanistan einen festen Platz einnahm. Das Land bekam eine Finanzhilfe in Höhe von 25 Mio. Mark, sogar aus den Mitteln des Marshall-Plans. Seit der Einverleibung der DDR in die alte BRD und die Restauration des Kapitalismus in ganz Deutschland hegen politische und militärische Kräfte erneut Großmachtambitionen. Dies geht eindeutig aus den Verteidigungspolitischen Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers für Verteidigung vom 26. November 1992, vom 21. März 2003 und vom 18. Mai 2011 sowie aus dem Weißbuch 2004 bzw. 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr hervor. Als Verteidigungsgrenze wird nicht mehr die vom Grundgesetz (Art. 87 a) vorgeschriebene angesehen, vielmehr werden - wie in den genannten Dokumenten nachzulesen - die Grenzen des Einsatzes

der Bundeswehr für die Sicherung der ökonomischen und Handelsinteressen Deutschlands unmissverständlich global definiert. Bemerkenswert ist die Berliner Rede des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog im Hotel Adlon am 26. April 1997, in der er mit Nachdruck auf die deutschen Ansprüche hinwies: „Ein großes, globales Rennen hat begonnen: Die Weltmärkte werden neu verteilt, ebenso die Chancen auf Wohlstand im 21. Jahrhundert. Wir müssen jetzt eine Aufholjagd starten.“ Afghanistan wurde erneut - nun zum dritten Mal - als Schachbrett für die globalen Ambitionen der BRD missbraucht. Man wartete jedoch auf einen geeigneten Anlass, der sich mit dem 11. September 2001 geradezu anbot. Hätte es ihn nicht gegeben, man hätte ihn erfinden müssen. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) verkündete die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Vor diesem Hintergrund wurde zum ersten Mal, gemäß Ar-

tikel 5 des NATO-Vertrages, der „Bündnisfall“ erklärt. „Wir dürfen auch nicht vergessen: Es war nicht zuletzt Deutschland, das 2002 die NATO gedrängt hat, Afghanistan zu einer NATO-Operation zu machen. Das ist die Regierung Schröder/Fischer gewesen“, erklärte der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann. Damit eröffnete sich die Möglichkeit, am Krieg gegen Afghanistan teilzunehmen und künftig auch weltweit zu intervenieren. In der Schlagzeile machenden Formulierung des sozialdemokratischen Bundesverteidigungsministers Peter Struck nach der Verabschiedung der Verteidigungspolitischen Richtlinien im Frühjahr 2003 „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“ kommt die fortschreitende Militarisierung der deutschen Außenpolitik prägnant zum Ausdruck. „Der Satz ist einer der törichtesten Sätze der deutschen Nachkriegsgeschichte“, bemerkte dazu der ehemalige Richter und Staatsanwalt Heribert Prantl, derzeitiger Leiter des Ressorts Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung.

Durch das militärische Engagement der BRD am Hindukusch wurde Afghanistan der Türöffner

für künftige weltweite Operationen der Bundeswehr. Militärbasen in Masar-e Scharif - zuvor auch in Kunduz, Faisabad und sogar in Kabul - machen das Land zudem zu einem unsinkbaren Flugzeugträger der Bundeswehr.

Zusammenfassend kann man feststellen: Jedes Mal, wenn Deutschland Großmachtambitionen hatte, war Afghanistan Bestandteil dieser Strategie.

Matin Baraki

Meinst Du, die Russen wollen Krieg?
Über deutsche Hysterie und ihre Ursachen.

- Vortrags- und Diskussionsabend -

14. März 2019 | 19:30 Uhr
DGB-Haus Marburg | Bahnhofstraße 6
Referent: Dr. Stefan Bollinger

DKP
Marburg-Büdenkopf

SDAJ
Marburg

MIETER AM RICHTSBERG ERRINGEN SIEG GEGEN DIE GWH!

Kurz vor Weihnachten flatterte in 404 Briefkästen der Gemein(e)nützige Wohnungsgesellschaft mbh Hessen (GWH) ein Brief, der die Mieterinnen und Mieter in große Sorge versetzte, denn ihnen wurde durch den gemeinen Vermieter erneut eine drastische Mieterhöhung angedroht!

Die GWH erdreistete sich in ihrem Schreiben umfassende Modernisierungsmaßnahmen ab März 2019 anzukündigen, die eine satte Mieterhöhung von 0,36€/qm bedeuten, zusätzlich dazu noch einen Abschlag von 1,40€/

qm im Monat für Heizung und Warmwasser.

Besonders unverschämt mutet an, dass im Schreiben der GWH an die Klimaziele der Bundesregierung angeknüpft wird, ohne irgendwelche energetischen Optimierungen durchzuführen, etwa Dämmung um den Wärmeverlust und damit den Ressourcenverbrauch zu reduzieren, oder die Beseitigung von undichten Fenstern zu beheben, geschweige denn eine neue Heizungsanlage einzubauen, die diesen Zielen entsprechen.

Nein, die GWH plant durch



Bild: Protestzug der Richtsberger, einige sind in Gelbwesten, die SDAJ zeigt sich solidarisch.

angebliche Modernisierungen die Mieter zur Kasse zu bitten, anstatt selbst ihrer Pflicht als Vermieter nachzukommen und längst überfällige Instandsetzungsarbeiten durchzuführen! Denn es sollen lediglich die alten Gasthermen ausgetauscht werden, die an die alten zum Teil stark verrosteten (korrodierten) Heizungsrohre angeschlossen werden, d.h. weder Heizungen noch Rohre werden modernisiert!

Glücklicherweise besannen sich die am Richtsberg lebenden Menschen auf ihre stärkste Waffe, nämlich sich gemeinsam zu verbünden und Gegenwehr zu organisieren! Solidarisch klärte man sich gegenseitig auf, übersetzte das typische Amtsdeutsch für alle verständlich.

Am 22.02 demonstrierte man vor dem Bürogebäude der GWH in Marburg entschlossen für einen Stopp der ungerechten Modernisierungsmaßnahme. Durch die städtische Politik konnte ein einstimmiger Antrag aller Fraktionen erreicht werden, dass durch den Oberbürgermeister Gespräche mit der GWH aufgenommen werden, mit der Zielvorgabe an das energetische Energieversorgungskonzept/ Richtsberg und den

damit einhergehenden Kooperationsvertrag der GWH und der Stadt zu erinnern. Letztlich konnte ein erster Sieg errungen werden, denn die GWH kündigte die Rücknahme der geplanten Maßnahme an!

Es ist ein großartiges Signal, was hier ausgestrahlt wird, gemeinsam und vereint kann man was bewegen, jetzt kommt es allerdings darauf an, dass die notwendigen und längst überfälligen Mängel beseitigt werden, dass durch die energetische Optimierung und zwar kostenneutral endlich es zu einer spürbaren Entlastung im Bereich der Zweitmiete (Nebenkosten) kommt!

Die Stadt Marburg muss eine deutliche Absage an die GWH erteilen, was solche unverschämten Vorstöße angeht! Nicht die Gewinne der GWH dürfen im Vordergrund stehen, sondern die Bedürfnisse der dort lebenden und zahlenden Mieter! Es muss wieder ins Bewusstsein rücken, dass Wohnen ein Menschenrecht ist! Wohnbaugesellschaften müssen in öffentliche Hände und nicht in private, die nur an den eigenen Profiten interessiert sind!

Tanja Bauder-Wöhr

MEINST DU, DIE RUSSEN WOLLEN KRIEG?

Meinst du die Russen wollen Krieg? Zum 80. Mal jährt sich am 01.09.2019 der Beginn des Zweiten Weltkriegs durch den Überfall des Hitlerstaates auf Polen. Dies endete in der Katastrophe des Holocausts, Slawen-, Kommunisten-, Sinti-, Roma-, Homosexuellenermordung und totalen Zerstörung zahlreicher Gebiete in Russland, Weißrussland, der Ukraine und Westeuropa. Im Laufe dieses Krieges verdiente das deutsche Kapital fleißig an den Zwangsarbeitern in den KZs, zahlreiche Firmen bauten so ihr Kapital auf. Nach dem Krieg bestraft wurden nur einige wenige, moralische Entschuldigungen und Bekenntnisse zu „Demokratie“ und „Freiheit“ ersetzten Entschädigungszahlungen. Das Militär half der Bourgeoisie ihr Kapital zu vermehren. Märkte zu sichern, „Freihandel“ zu ermöglichen und die Position Deutschlands stärken sind die Ziele der Bundeswehr und der Bundesregierung, was im „Weißbuch“ der Bundeswehr von 2016 steht. Staat und damit auch das Mi-

litär sollen dem deutschen Kapital unter die Arme greifen und die Position Deutschlands stärken in der globalen imperialistischen Konkurrenz mit den „unfreien“ Staaten des Ostens, Russland und China, aber auch mit den „freien“ westlichen Staaten. Der Staat der Reichen subventioniert dann gerne in seinem eigenen Interesse die Aufrüstung der Bundeswehr, um sich global behaupten zu können. Doch warum eigentlich braucht die Bundeswehr mehr Gelder, wenn sie doch laut Grundgesetz eine Verteidigungsarmee sein sollte, die nur eingesetzt werden darf, um einen Angriff von außen abzuwehren? Als vorgeschobener Grund wird die NATO-Mitgliedschaft benannt und die Richtlinie, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Militärausgaben zu stecken, finanziert von Steuergeldern, um das Ziel der NATO zu erfüllen. Zwei Prozent klingt nicht nach einer großen Investition, aber bei der Höhe des BIPs bedeuten zwei Prozent (bis 2024) laut der Tagesschau etwa 60 Milliarden Euro, die die Bun-

deswehr im Jahr bekommen soll. Das alles, um die Partnerschaft mit den USA, und die eigene Stärke zu festigen. Deutschland steht auf Platz 5 der wirtschaftlich stärksten Nationen der Welt. Deutschland verzeichnete dieses Jahr einen Haushaltsüberschuss von 58 Milliarden Euro. Deutschland ist bereit, die Ausgaben für die Bundeswehr zu erhöhen, die 2019 bereits 43,2 Milliarden Euro betragen. Geld scheint in diesem Staat vorhanden zu sein, doch warum fehlt es an anderen Stellen? An Schulen, an Renten, bei Investitionen in Infrastruktur und sozialen Wohnungsbau? Warum gibt es in diesem so reichen Land Obdachlose, Arbeitslose, Alters- und Kinderarmut und Unterfinanzierung in so vielen Bereichen? Sie führen schon Krieg und zwar Krieg gegen Dich und uns alle. Denn dieser Staat ist nicht unser Staat, in diesem Land gibt es kein Wirtschaftssystem, das nach den Bedürfnissen der Mehrheit der Menschen ausgerichtet ist. Dieser Staat ist der Staat der Kapitalisten. In diesem Land herrscht ein Wirtschaftssystem, das auf die Bedürfniserfüllung weniger einzelner ausgerichtet ist, auf die Bedürfnisse der Besitzer der Banken und

Konzerne. Dieser Staat ist ihr Staat. Haushaltsüberschuss weswegen? Weil an sozialen Leistungen gespart wird, und die Anträge auf diese sind ebenfalls so gestaltet, dass diese Leistungen viel weniger Leute in Anspruch nehmen als eigentlich dazu berechtigt wären. Man denke nur an das Wohngeld. Geld für die Bundeswehr ist da: weil das Militär der Bundesrepublik Deutschland der verlängerte Arm der Interessen der deutschen Bourgeoisie ist. Weil wirtschaftliche Dominanz auf dem Weltmarkt auch immer militärische Dominanz fordert, weswegen die Bundeswehr als „Verteidigungsarmee“ in vielen Staaten der Welt stationiert ist, um humanitäre Hilfe (offiziell für Menschen vor Ort, faktisch für den Markt) zu tätigen. Die Hetze gegen Russland, der Ruf nach neuen Märkten, Aufrüstung des Militärs... Dieses Jahr jährt sich zum 80. Mal der Beginn es Zweiten Weltkriegs und die deutsche Bourgeoisie rüstet sich für einen Neuen. Deswegen:

Heraus zum Ostermarsch!

SDAJ Marburg

INDUSTRIE 4.0 - eine sozialistische ERFINDUNG aus dem Chile der frühen 1970ER Jahre?

Dem Buch „Alternativen aus dem Rechner“ von Cockshott/Cotrell verdanken wir den Hinweis auf ein Experiment beim Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft:

Das Cybersyn-Projekt (spanisch: Proyecto Synco) im Chile des 1969 gewählten sozialistischen Präsidenten Salvador Allende.

Hierbei handelte es sich um ein Netzwerk von Fernschreibern aus den wichtigsten Produktions- und Vertriebsbereichen des Landes, verknüpft mit einem Zentralrechner (IBM 360/50) in der Hauptstadt Santiago de Chile. Mehrmals täglich trafen – übrigens größtenteils über Mikrowellen gefunkt - in der Zentrale Wirtschaftsdaten ein, die mittels genanntem Computer aufbereitet und von Fachpersonal visualisiert wurden. Auf Leinwände projiziert waren sie Grundlage für minutenschnelle Entscheidungen zur Lenkung der wichtigsten Wirtschaftsbereiche: Energie, Kupfer, Stahl, Petrochemie, Fischfang und Transport.

Dieses hoch interessante Projekt wurde vom Informatiker Fernando Flores geleitet, der sich Hilfe und Anregung vom britischen Kybernetiker Stafford Beer holte.

Beer hatte bereits 1959 mit seinem Bestseller „Kybernetik und Management“ einen Weg zu einer echten Planwirtschaft aufgezeigt.

Seine Leistungsfähigkeit stellte das Cybersyn-Projekt unter Beweis, als der USA-Geheimdienst CIA die Transportarbeiter Chiles zu Massenstreiks aufstachelte. Die sozialistische Allende-Regierung konnte 200 loyale LKW-Fahrer organisieren, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Das chilenische Cybersyn-Projekt scheiterte nicht an seiner Unzulänglichkeit, genauso wenig wie der chilenische Plansozialismus. Beide wurden von roher militärischer Gewalt zerstört: Am 11. September 1973 putschte das Militär unter General Pinochet und beendete das sozialistische und mithin das kybernetische Experiment. Der vom Volk gewählte Präsident Allende wurde in den Tod getrieben und der Informatiker Fernando Flores und seine Arbeitsgruppe wurden gefangen genommen, gefoltert und verbannt. Die technischen Mittel von Cybersyn wurden von Panzern zermalmt.

Christian Mark

1919 - 2019

100 Jahre
Frauenwahlrecht

Und? Alles gut jetzt?

Unsere Rechte - gerade als Frauen - fallen nicht vom Himmel. Alleine für das Recht, unsere parlamentarischen VertreterInnen wählen zu dürfen, hat es 1918 einer Revolution bedurft. Im Laufe dieser Revolution sind viele Menschen, die gegen den Krieg und für die Rechte von Frauen und Männern kämpften, ums Leben gekommen.

Aber mit dem Wahlrecht haben wir viele Fragen noch lange nicht gelöst.

Ob gleicher Lohn für gleiche Arbeit, armutsfreie Renten, eine gute und kostenlose Bildung, ein Gesundheitssystem, das nicht krank macht oder bezahlbare Wohnungen:

Mit einem Kreuzchen alle paar Jahre werden wir das nicht bekommen.

Hier hilft nur:

Gemeinsam und solidarisch für eine Gesellschaft streiten, die uns ein gutes Leben sichert. Mit der Gewerkschaft und in der Gewerkschaft.

DKP 

MARBURGER ECHO

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN

PARTEI (DKP) MARBURG

WAS?	WANN?	WO?
Stefan Bollinger: Meinst Du, die Russen wollen Krieg?	14.03.2019 19:30 Uhr	DGB-Haus Marburg, Bahnhofstraße 6
Antimilitaristischer Fahrradkorso nach Stadtallendorf	20.04.2019 11:00 Uhr	Uni-Mensa Marburg
Ostermarsch Marburg	22.04.2019 11:00 Uhr	Deserteurdenkmal, Frankfurter Straße

IMPRESSUM

INFO@DKP-MARBURG.DE

WWW.FACEBOOK.COM/DKP.MARBURG/

WWW.DKP-HESSEN.DE

WWW.DKP-ONLINE.DE

